

*Steffen Bockhahn, Senator für Jugend, Soziales,  
Gesundheit, Schule und Sport der Hansestadt  
Rostock*

---

# Flüchtlingspolitik aus kommunaler Sicht

---

AGW, Jena am 29.10.2015

*Steffen Bockhahn*

---

# Agenda

---

1. Situation der Kommunen
2. Aufgaben der Kommunen
  1. Unterbringung
  2. Integration
3. Mögliche Unterstützung der Kommunen durch die Wohnungswirtschaft



---

# Situation der Kommunen

---

- ❖ Kommunen haben die Rechtspflicht zur Aufnahme
- ❖ kreisfreie Städte sind direkt, kreisangehörige Städte mittelbar mit den Zuweisungen konfrontiert
- ❖ Planzahlen der vergangenen Jahre völlig nutzlos
- ❖ Hansestadt Rostock 2014: insgesamt 280 Zuweisungen
- ❖ Hansestadt Rostock 2015: wohl ca. 1.500 Zuweisungen

---

# Situation der Kommunen

---

- ❖ Bund und Länder beschleunigen Erstaufnahme
- ❖ dadurch immer schneller immer mehr Zuweisungen
- ❖ in Zentren seit Jahren nur noch geringe Leerstände
- ❖ viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren (auch auf Druck) große Teile des eigenen Bestandes verkauft und sind von Privaten abhängig

---

# Situation der Kommunen

---

- ❖ häufig nur wenige Baugebiete nach §34 BauGB
- ❖ selten städteplanerische Konzepte für schnelle Steigerung der EinwohnerInnenzahlen vorhanden
- ❖ meist an KdU-Richtlinien gebunden, die soziale Durchmischung verhindern und zu einer Verfestigung von sozialen Brennpunkten führen würden
- ❖ meistens angespannte Haushaltslage

---

# Aufgabe Unterbringung

---

- ❖ für die Dauer des Asylverfahrens ist Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zulässig
- ❖ optional kann auch dezentral in Wohnungen untergebracht werden
- ❖ je nach Bundesland werden 50-100% der Kosten durch die Länder übernommen

---

# Aufgabe Unterbringung

---

- ❖ mit Ende des Asylverfahrens ist eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr zulässig
- ❖ Anerkannte müssen umgehend mit Wohnraum versorgt werden, der i.d.R. KdU-Richtlinie entsprechen muss
- ❖ Anerkannte besitzen Freizügigkeit, was Planungen erheblich komplizierter gestaltet
- ❖ mit Anerkennung Möglichkeit des Familiennachzuges bei für Deutschland unüblicher Familienstruktur

---

# Aufgabe Integration

---

- ❖ aktuelle Regelungen führen zu Verschärfungen der Lage in den sozialen Brennpunkten
- ❖ soziale Infrastruktur muss schnell angepasst werden
- ❖ Kindergarten und Schule sind beste und preiswerteste Formen der Integration und Kontaktaufnahme
- ❖ Stadtteilzentren und Mietertreffs haben zentrale Aufgabe, weil sie Ort für Begegnung sein können

---

# Aufgabe Integration

---

- ❖ sprachliche Kompetenzen entwickeln, Kenntnisse über Land und Leute auf beiden Seiten vermitteln
- ❖ berufliche Integration forcieren, ohne Klischees und damit Zweiklassenbewusstsein zu bedienen
- ❖ Räume für den Austausch untereinander und übereinander schaffen
- ❖ Bildung von Communities fördern, diese nutzen, aber Abschottung durch Einbindung verhindern

---

## Unterstützung der Kommunen durch die Wohnungswirtschaft

---

- ❖ Wohnungen, Wohnungen, Wohnungen...
- ❖ möglichst gute soziale Streuung
- ❖ Informationen für die MieterInnen
- ❖ schaffen Sie Begegnungen
- ❖ begleiten Sie die neuen Nachbarn

---

## Unterstützung der Kommunen durch die Wohnungswirtschaft

---

- ❖ helfen Sie bei der Schaffung von Infrastruktur
- ❖ Mietkauf, Miete, schlüsselfertige Herstellung
- ❖ machen Sie Druck, dass Wohnungsbau schneller und vor allem preiswerter möglich wird
- ❖ entwickeln Sie schon heute die Quartiere von übermorgen und diskutieren Sie diese Pläne öffentlich

Vielen Dank für die  
Aufmerksamkeit!